Abend-Ausgabe

71. Jahrgang. № 522

Freitag, 5. November 1926

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. November 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mk. Postbezugspreis für Monat November 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offerlengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

# Das Ende der spanischen Verschwörung.

## Spanische Truppen an der französischen Grenze. — Zahlreiche Verhaftungen.

### Ein amerikanisches Urteil über das Schutzbedürfnis der deutschen Landwirtschaft. — Abschluß der Reichslandbund-Führertagung.

### Eine amtliche spanische Mitteilung.

**Madrid**, 5. Nov. Zur Frage der in Perpignan aufgedeckten Verschwörung hat die spanische Regierung der Presse eine Mitteilung zugestellt, in der es u. a. heißt: Die spanische Sicherheitspolizei hatte seit etwa vierzehn Tagen Kenntnis von einer angezettelten Verschwörung, deren einziges Ziel die Störung der öffentlichen Ordnung war. Die Verschwörer standen im Einvernehmen mit einigen wenigen in Spanien wohnenden Elementen. Das Wesentliche dabei ist, daß die schwachen Minderheiten, die sich gegen das Regime auflehnen durch Mangel an Kraft und durch das Fehlen einer angemessenen Stimmung in ihrem Versuche, die Ordnung zu gefährden, erfolglos blieben, und daß das Land ruhig weiterleben kann, in dem es nicht allein seiner Sicherheitspolizei vertraut, sondern auch der französischen Regierung, die die Gastfreundschaft, mit der sie die politischen Flüchtlinge aufnimmt, nicht mißbrauchen lassen will.

### Die verdächtige Villa an der französisch-spanischen Grenze.

**Paris**, 5. November. Ueber die Umstände, die zur Verhaftung des Obersten Marcia geführt haben, berichtet Havas aus Perpignan folgende Einzelheiten: Vor einiger Zeit hatte sich in einem Ort bei Perpignan, in der Nähe der spanischen Grenze, ein Spanier eine Villa gebaut, in der sich der Generalstab, sowie mehrere Anhänger Marcias zusammenfanden. Die Polizei umzingelte die Villa und verhaftete Marcia und fünf Personen, die nach Perpignan geschafft wurden. **Die Durchsuchung der Villa ergab, daß dort ein großes Lebensmittel- und Waffenlager angelegt worden war.** Zwei Regimenter sind an die Grenze abgegangen. Der Grenzübergang wird streng überwacht. Keine französische Zeitung gelangt nach Barcelona. Die spanischen Zeitungen stehen unter scharfer Zensur. Aus St. Laurent wird die Verhaftung einer weiteren Gruppe von 14 Mann gemeldet.

### Explosivstoffe gefunden.

**Paris**, 5. November. Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Cette und Agdo wurden fünfzehn Handkoffer mit Explosivstoffen und mehreren Dokumenten gefunden, die hier von spanischen Verschwörern zurückgelassen worden waren. Wie verlautet, werden die Verhafteten sich wegen unerlaubten Tragens von Waffen vor den französischen Gerichten zu verantworten haben. Zu einer Ausweisung der Verhafteten dürfte es nicht kommen.

### Verhaftung von Spaniern in Paris.

**Paris**, 5. November. Hier sind gestern fünf Spanier verhaftet worden.

Nach dem „Petit Parisien" befinden sich jetzt in Haft 115 Verschwörer, darunter 80 Spanier und 35 Italiener. Unter den Letzteren befindet sich der ehemalige Faschistengeneral Beltrani.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris" aus Toulouse verhaftete die französische Polizei die letzten Trupps der Verschwörer, die die spanische Grenze überschreiten wollten. Etwa 700 Separatisten haben über die Grenze gelangen können. (W. T. B.)

### Pariser Einladung Spaniens zur Tanger-Konferenz.

**London**, 5. November. Wie die „Times" berichtet, sind die Verhandlungen in der Tangerfrage so weit fortgeschritten, daß die französische Regierung der spanischen Regierung nunmehr eine Einladung für direkte Verhandlungen hat zugehen lassen. Diese Einladung sei von der spanischen Regierung angenommen worden. Man habe vereinbart, sobald zwischen der französischen und der spanischen Regierung ein Abkommen abgeschlossen worden sei, die britische und die italienische Regierung an den weiteren Besprechungen teilnehmen sollte. (TU.)

### Die neuen Kämpfe in Marokko.

**Paris**, 5. Nov. Nach einem offiziellen Kommuniqué hat die Aufstandsbewegung in der spanischen Marokko-Zone eine Rückwirkung auf die auf französischem Gebiete ansässigen Beni Mestara gehabt. Die Gegend von Malal-Amram, die erst am 1. November von französischen Truppen wieder besetzt worden war, war am Tage darauf das Ziel heftiger Angriffe, und zwar gingen mit den Beni Mestara auch Abteilungen des Stammes der Ghomara gemeinsam vor. Der Angriff konnte abgeschlagen werden. Aus dem mittleren Atlas wird ein leichtes Wiederaufleben der Kämpfe gemeldet. Ein spanisches offizielles Kommuniqué aus Madrid besagt, daß die spanischen Abteilungen gegen den Stamm der Beni Ider eine Offensive begonnen und die gesteckten Ziele erreicht haben. Die Lage im Westen des Rifgebietes sei jedoch noch immer verworren. **Sämtliche Djeballah-Stämme sollen sich erhoben haben.** (W. T. B.)

### Scharfe Angriffe des Syrien-Palästina-Komitees gegen Frankreich.

**Genf**, 5. Nov. Der gegenwärtig hier weilende Vertreter des Syrien-Palästina-Komitees in Kairo, Schebib Arsland, hat einen Brief an den französischen Sozialistenführer Paul Boncour gerichtet, in dem er im Hinblick auf die pazifistische Haltung der französischen Sozialisten eine Intervention von diesen in Syrien fordert und scharfe Angriffe gegen die Haltung der französischen Sozialisten sowie auch gegen die französische Regierung richtet.

In dem Briefe wird erklärt, daß bei dem gegenwärtigen Kriege nicht die Syrier die Angreifer seien, wie von den Franzosen behauptet werde. **Frankreich führe nunmehr seit bereits 18 Monaten in Syrien Krieg, der bisher 16 000 Opfer, ohne die vielen getöteten Frauen und Kinder gefordert habe. Hundert Dörfer seien zerstört worden, Damaskus sei völlig vernichtet. Ueberall herrsche in Syrien große Not.** Paul Boncour wird in dem Brief aufgefordert, sich selbst nach Syrien zu begeben, um dort zu prüfen, ob die Mehrheit des syrischen Volkes hinter dem syrisch-palästinischen Komitee stände. Zum Schluß wird erklärt, die Hauptsache sei für das syrische Volk nicht die Einleitung von Verhandlungen, sondern die Erlangung der Freiheit. (T. U.)

### Kommt das Reichsschulgesetz?

Von Edmund Leupolt, Dresden.

Es ist ein Kennzeichen unserer Zeit, daß sie ernsten Entscheidungen aus dem Wege geht. Und es erklärt sich aus ihrer geistigen Zerfahrenheit, daß die Angst vor Entscheidungen sich am deutlichsten auf geistigem Gebiete zeigt. Daher die Unruhe und das Tasten im Reiche der Schule. Was hier Neues ins Leben getreten ist an organischem Aufbau, das ist durch politische Akte einer knappen Parlamentsmehrheit geschehen, die im demokratischsten aller Zeitalter sich einen Pfifferling darum scherte, ob die Neuordnung dem Empfinden breitester und weitester Schichten und der Volkswohlfahrt entsprach. Die notwendige Korrektur, die ein solches Verfahren nach natürlichen Gesetzen erfahren mußte, hat nur Sachsen nicht erlebt. Und so ergibt sich das eigenartige Bild, daß kein anderes Land innerhalb des Reiches solche Sehnsucht nach einer Neuordnung seines Schulwesens durch ein Reichsschulgesetz hat als gerade Sachsen.

Ist heute der parlamentarische Boden für ein solches Gesetz bereitet? Die allgemeine Lage ist nicht günstig. Die Reichstagsparteien sind nicht die Länderparteien, aber sie müssen aufeinander Rücksicht nehmen. Das Zentrum, das in Preußen mit den Sozialdemokraten zusammen regiert, hat auch im Reichstage keine Neigung, es mit seinem Partner durch den Kampf um ein Reichsschulgesetz unnötigerweise zu verderben. Denn es hat in den Ländern überall seine Konfessionsschulen behalten. Selbst in Sachsen. Die Sozialisten aber haben ein hohes Interesse daran, daß in ihrem Musterländle Sachsen die weltliche „Gemeinschaftsschule" erhalten bleibt. Die anderen Parteien des Reichstages stehen Gewehr bei Fuß. So bleibt als Hauptkämpfer für die baldige Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes die evangelische Elternschaft Sachsens! Es zeugt für die Schwierigkeiten, zu einem Reichsschulgesetze zu kommen, daß heute der dritte Entwurf eines solchen Gesetzes vorliegt.

Ein kleiner Rückblick ist recht lehrreich. 1921 legte der Staatssekretär Schulz, ein Sozialist, einen Entwurf vor, der in wirklicher Sachlichkeit versuchte, das Problem — alle Reichsschulgesetzentwürfe sind Versuche, die Quadratur des Zirkels zu lösen! — seiner Lösung näher zu bringen. Er fand eine schlechte Presse. Namentlich der Deutsche Lehrerverein verdonnerte den Schulzschen Entwurf in Grund und Boden. Schulz hat sich in seiner Broschüre „Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes" darüber bitter beklagt. Man sagte, in dem Gesetze sei der „Grundsatz der Grundsatzlosigkeit" verewigt. „Wenn man einem Feind den Auftrag gegeben hätte: wie ist es möglich, das geistige Leben Deutschlands am entschiedensten und sichersten niederzuhalten? er hätte keinen besseren Entwurf machen können als diesen." Und die Deutsche Lehrerversammlung, die zu Pfingsten 1921 in Stuttgart tagte, erhob gegen den Entwurf den „schärfsten Protest". Inzwischen hatte der Bildungsausschuß des Reichstages seine Arbeiten an dem Entwurfe aufgenommen. Aber jahrelange Mühe brachte es infolge der Gegensätzlichkeit der Meinungen und der unglücklichen Zusammensetzung des Ausschusses zu keinem Ergebnis. Es war ein Graben im rinnenden Sand. Der während der Beratungen im Bildungsausschuß eingetretene Wechsel der Regierung machte alle Arbeit zu einem Torso.

Der deutschnationale Innenminister Schiele brachte nach Rücksprache mit ihm nahestehenden Schulpolitikern den bekannten Entwurf vom Jahre 1925 (unter dem Namen Gürigscher Entwurf bekannt!). Während 1921 vor allem die Lehrervereinspresse den Sturmlauf getan, war diesmal der Abwehrkampf allgemeiner. Die gesamte Linke lehnte den neuen Entwurf ab, und selbst gemäßigte Politiker der Mitte mußten gegen manchen seiner Sätze protestieren. Der Entwurf kam im Reichstage nicht zur Besprechung. Das Rechtskabinett ging. Die heutige Regierung kam ans Ruder. Und nun kam der demokratische Entwurf nach einem deutschnationalen und einem sozialdemokratischen Vorgänger: der Külzsche Entwurf von 1926!

Das Wort des großen Griechen: Nichts ist beständig als der Wechsel! bewährte sich auch hier. Der Külzsche Entwurf geht nach dem einmütigen Zeugnis der Wissenden, die in der „Vossischen Zeitung", der „Hamburger Lehrerzeitung" und anderen demokratischen Organen über den Entwurf geschrieben haben, in den Hauptfragen auf den Schulzschen Entwurf zurück, beschränkt sich aber auf die Kernsätze und überläßt die Regelung im einzelnen den Ländern, die das Gesetz für ihre Bedürfnisse auszubauen haben werden. Der Entwurf zeigt in drei Stücken seine Verwandtschaft mit dem von 1921. In jenem hieß es: „Die Volksschulen sind Gemeinschaftsschulen, soweit sie nicht nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen bleiben oder werden. Die bekenntnisfreien Schulen sind entweder weltliche Schulen oder Weltanschauungsschulen." Auch Dr. Külz hat in seinem Entwurf als Regelschule die Gemeinschaftsschule festgelegt. Da das Zentrum seinerzeit in Weimar gegen die Schulzsche Fassung protestiert hatte, weil es für seine zahlreichen Bekenntnisschulen fürchtete, Külz aber die umstrittene Fassung wiederbringt, muß man wohl annehmen, daß er vom Zentrum — mit dem ja jedes Schulgesetz gemacht werden muß — Zusicherungen bekommen hat, daß es gegen diese Form keinen Einspruch erhebt. Schwieriger sind die Uebergangsbestim-

# Der Ostausschuß kritisiert das Sofortprogramm.

### Die Verteilung der Osthilfe des Reiches.

**Der Ostausschuß vertagt seine Zustimmung.**

**Berlin**, 5. November. Im Reichstagsausschuß für die Ostfragen gab Reichsinnenminister Dr. Külz eine Uebersicht über die geplante Unterverteilung der im Nachtragshaushalt für 1926 für die Ostgebiete angeführten 32 Millionen Reichsmark (das sogenannte „Sofortprogramm"). Insgesamt sind nach dieser Uebersicht vorgesehen an Verwaltungsmaßnahmen für Wohnungsbau 4 Millionen, für Gesundheits- und Jugendpflege 1,04 Millionen, für besondere wirtschaftliche Maßnahmen 1,176 Millionen, für Chausseebauten 1,2 Millionen, für Fach- und Berufsschulen 800 000 Mark, für landwirtschaftliche Fragen 4,56 Millionen, für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung 1,704 Millionen, für kirchliche Angelegenheiten 2,8 Millionen, für Schulbauten 6,74 Millionen, insgesamt 24 Millionen Mark. An Kreditmaßnahmen sind vorgesehen als Hilfe für die ostpreußische Landwirtschaft 5 Millionen, für Industrie- und Mittelstandskredite 3 Millionen Mark. Davon für Industriehilfe für Ostpreußen 1 Million, für Mittelstandskredite für den Osten 2 Millionen, insgesamt also 8 Millionen Mark.

Der Ausschuß kritisierte das Sofort-Programm teilweise sehr scharf. Es bestände die Besorgnis, daß, wenn jetzt der Ausschuß die 32 Millionen Reichsmark des Sofort-Programms bewillige, später der Reichsfinanzminister erklären werde, er hätte keine Mittel mehr für die anderen Forderungen des Ausschusses übrig. **Deshalb beschloß der Ausschuß, die Zustimmung zum Sofort-Programm zunächst auszusetzen und morgen erst den Reichsfinanzminister zu hören, ob es möglich ist, noch weitere Mittel für die Kreditmaßnahmen des Mittelstandes flüssig zu machen. Sollte der Reichsfinanzminister eine gegenteilige Erklärung abgeben, so** müsse dann eben der Ausschuß die im Sofort-Programm vorhandenen 32 Millionen in anderer Weise verteilen.

### Skandalöse Behandlung sächsischer Studenten in Rumänien.

**Am 30. Oktober wurden, wie uns unsere Berliner Schriftleitung drahtet, drei sächsische Studenten in Constanza in Rumänien verhaftet, weil der eine von ihnen das auf einem öffentlichen Platz stehende Denkmal des rumänischen Freiheitsdichters Ovitz photographierte. Er wurde auf das Polizeirevier geschafft, und als er zu seiner Verteidigung angab, daß er mit seinen beiden Freunden auf einer Studienreise begriffen sei und nur aus Verehrung für Ovitz die Aufnahme gemacht habe, wurden seine beiden Freunde gleichfalls verhaftet. Alle drei wurden ohne weiteres Verhör in einen Keller des Polizeigefängnisses, in dem sich weder Stroh noch Decken befanden, festgesetzt und am darauffolgenden Tage**

**mit vielen Verbrechern im Viehwagen nach Bukarest transportiert.**

**Dort wurden sie sofort wieder ins Gefängnis abgeführt und drei Tage ohne jegliches Verhör unter den gleichen Umständen festgehalten. Nur dadurch, daß es ihnen gelang, auf der Fahrt unbemerkt einen an die deutsche Gesandtschaft adressierten Brief in den Postkasten werfen zu lassen, erfuhr die deutsche Gesandtschaft den Vorfall. Als sie endlich nach vieler Mühe befreit wurden, teilte man ihnen ohne jegliche Entschädigung mit, daß sie nur zwecks Untersuchung festgestellt worden seien. Die Namen der drei Studenten sind: Rudolf Lüderer aus Chemnitz, Fritz Meier aus Reichenbach i. V. und Helmut Haubold aus Dresden.**